



Klartext über die Politik im Wahlkreis und im Rathaus - mit aktuellen Informationen aus Langenhorn, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf, Klein Borstel, Alsterdorf und aus Groß Borstel

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, in Ihren Händen halten Sie meinen brandneuen Newsletter mit Themen aus Bürgerschaft und Wahlkreis. Ich berichte unter anderem über die mangelhafte Planung des Senats bei den Klein Borsteler Kitaplätzen und über meine Fahrradtour durch Langenhorn, bei der es interessante Entwicklungen im Norden des Stadtteils zu entdecken gab.

Herzlicher Gruß, Ihr Gunnar Eisold

Mehr Infos gibt es wie immer unter [www.gunnareisold.de](http://www.gunnareisold.de).

## Mehr Containerplätze statt Kita-Neubau in Klein Borstel

Während der Senat stolz auf seine Ausbaubilanz bei der Kindertagesbetreuung verweist, häufen sich in Hamburg die Fälle, in denen Kindertagesstätten am geltenden Baurecht scheitern. Klein Borstel im Stadtteil Ohlsdorf ist hierfür das jüngste Beispiel. Während in das Neubaugebiet immer mehr Familien mit jungen Kindern zuziehen, können sich die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und



Klare Worte: Die Klein Borsteler Eltern wollen endlich eine Kita vor Ort.

Verbraucherschutz, der Bezirk Hamburg-Nord und die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten immer noch nicht auf eine ausreichende Versorgung des wachsenden Stadtteils mit Kinderbetreuungsplätzen einigen. Für den geplanten Neubau der Kindertagesstätte stehen die Chancen

schlecht, doch noch mehr als die vom Bezirk genehmigten 80 Plätze zugesprochen zu bekommen. Denn der Lärm spielender Kinder wird von den Gerichten als Belastung bewertet. So muss geprüft werden, ob die zu erwartenden Störungen, etwa durch den Hol- und Bringverkehr, von den Nachbarn hinzunehmen sind. Mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage an den Senat habe ich die Begründung erfragt, mit der die Vereinigung weiterhin auf eine Nutzung der neuen Kita durch 120

statt durch 80 Kinder besteht. Ergebnis: Ihren Widerspruch hat die Vereinigung bislang überhaupt nicht begründet. Die Erfolgsaussichten wären ohnehin fraglich. Auch in den Baugenehmigungsverfahren

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

## Offener Vollzug kommt neu nach „Santa Fu“

Überkapazitäten bei den Haftplätzen in Hamburg ab- und den offenen Vollzug ausbauen - im Prinzip zwei zustimmungswürdige Vorhaben von Schwarz-Grün. Doch dann kommt das große Aber: Vernünftig wäre es, den bislang komplett im Norderstedter Stadtteil Glasmoor untergebrachten offenen Vollzug dort zu belassen oder in die JVA Billwerder zu verlegen. Der Abbau von Haftplätzen könnte dann ei-

nem Wohnungsbau auf dem Gelände der heutigen JVA Fuhlsbüttel zugute kommen. Aber Justizsenator Steffen (GAL) will den gut eingeführten Standort Glasmoor ohne Not schließen - nach seinem Konzept sollen dann rund 300 Haftplätze im offenen Vollzug nach Fuhlsbüttel verlegt werden. Eine brisante Entscheidung, denn offenen

*(Fortsetzung auf Seite 4)*

- > Fehlende Kita-Plätze in Klein Borstel
- > Offener Vollzug in Fuhlsbüttel
- > Bürgerentscheid Freibad Ohlsdorf
- > Neues Wahlrecht in Hamburg
- > Rathausführungen ab Herbst
- > Schilda in Langenhorn
- > Demo für Barrierefreiheit vor dem Rathaus
- > Politische Fahrradrundfahrt durch Langenhorn

## Inhaltsverzeichnis

Kita-Plätze in Klein Borstel	1
Offener Vollzug in JVA Fuhlsbüttel	1
Freibad Ohlsdorf	2
Änderung des Wahlrechts	2
Rathausführungen ab Herbst	3
Schilda in Langenhorn	3
Demo für Barrierefreiheit	3
Fahrradrundtour durch Langenhorn	4

---

## Freibad Ohlsdorf - wie geht es weiter?

Im April 2009 ging der zweite Bürgerentscheid im Bezirk Hamburg-Nord zum Freibad Ohlsdorf für die Initiatoren erfolgreich aus: Bei mehr als 41.000 abgegebenen Stimmen erhielt der Vorschlag der Bürgerinitiative 34.724 bzw. 84,5% der Stimmen und wurde damit mit großer Mehrheit angenommen. Der Vorschlag der Bezirksversammlung für eine Bebauung des Freibades erhielt 37,5 % Zustimmung. Allerdings stimmten 58,5% gegen den Vorschlag, so dass dieser mehrheitlich abgelehnt wurde. Die Beteiligung an der Abstimmung lag bei über 18%. Die Anlage bleibt den Hamburgerinnen und Hamburgern damit erhalten. Gleichwohl stellt sich jetzt die Frage, wie es weitergeht. Denn unbestritten ist, dass das Freibad Ohlsdorf

zeitgemäß saniert werden muss. Alle Beteiligten, Bäderland, die Initiative und die Politik müssen deshalb jetzt an einen Tisch. Besonders schwer scheint der Schritten zu fallen, die sich bisher für Wohnungsbau auf dem Freibad stark gemacht haben. Die Initiative ist da weiter und lädt zur Gründung eines „Forums Schwimmbad Ohlsdorf“ ein, bei dem Vereine, Schwimmerinnen und Schwimmer und alle anderen Beteiligten die Planungen für die künftige Nutzung voranbringen wollen. Der neue Bezirksamtsleiter von Hamburg-Nord, Wolfgang Kopitzsch, will sich der Sache annehmen. Er fordert hierzu Kompromissbereitschaft von allen Seiten. Kontakt zum „Forum Schwimmbad Ohlsdorf“: Michael Obladen, Tel. 53 91 05 07.

---

## Bürgerschaft beschließt neues Wahlrecht

Die Volksinitiative „Mehr Demokratie – Ein faires Wahlrecht für Hamburg“ hatte weitgehend Erfolg. Die mit den Parteien in der Bürgerschaft erarbeiteten Änderungen der Verfassung und des Wahlrechts wurden jetzt von den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen. Die wichtigste Änderung für Hamburgs Wahlberechtigte: Bei der Bürgerschaftswahl können sie ihre fünf Stimmen für die Wahlkreise ausschließlich an Personen und nicht wie bisher auch an Parteien vergeben. Nur nach der Zahl der erhaltenen Stimmen richtet sich, wer in die Bürgerschaft einzieht. Bei den Landeslisten zur Bürgerschaftswahl ist neu, dass die Wähler jetzt fünf statt bisher eine Stimme ha-

ben. Diese können sie an die von den Parteien aufgestellten Personen, aber auch an eine Parteiliste vergeben.

Ab 2014 werden die Bezirksversammlungen nicht mehr zusammen mit der Bürgerschaft gewählt, sondern zusammen mit der Wahl zum Europäischen Parlament. Außerdem können nach Beschluss eines wahlrechtlichen Gesetzes durch die Bürgerschaft 2,5 Prozent der wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger verlangen, dass das Gesetz durch einen Volksentscheid bestätigt wird. Hierfür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Strebt eine Volksinitiative eine Wahlrechtsänderung an, muss sie auch eine Zweidrittelmehrheit im Volksentscheid erreichen.

---

## Mehr Containerplätze statt Kita-Neubau in Klein Borstel

*Die Schriftliche Kleine Anfrage mit der Antwort des Senats finden Sie auf*

[www.gunnareisold.de](http://www.gunnareisold.de)

*(Fortsetzung von Seite 1)*

der Kitas Reventlowstraße und Grot Sahl (Altona) und Wrangelstraße (Eimsbüttel) spielte die Anzahl der zu betreuenden Kinder eine Rolle. Für die Klein Borsteler Eltern bedeutet dies, dass weiterhin nichts vorgeht. Die von der Behörde jetzt zugesagten 20 zusätzlichen Kitaplätze im provisorischen Container sind nicht das, was sich Eltern für ihre Kinder wünschen. Bis zu 200 Bewerber warten weiter auf einen Betreuungsplatz. Die Probleme in Ohlsdorf - Klein Borstel sind allerdings hausgemacht: Wie der Senat auf meine Anfrage hin geantwortet hat, war die für Kinderta-

gesbetreuung zuständige Fachbehörde bei der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt. Ihre Vorgaben zur Größe der benötigten Kindertagesstätte wurden 1:1 im Bebauungsplan umgesetzt. Die Verantwortung für die aus heutiger Sicht zu geringe Größe liegt also bei der zuständigen Fachbehörde, ein klarer Fall von kurzsichtiger Planung der Verwaltung, die diesen Fehler nun nicht mehr korrigieren kann. Aufgrund des einschränkenden Baurechts ist eine Entlastung wohl nur noch durch eine weitere Kindertagesstätte in der Nähe möglich. Hierfür sollte sich die Verwaltung einsetzen.

Das Hamburger Rathaus, seit über 100 Jahren ist es Sitz von Bürgerschaft und Senat. Doch was geht eigentlich an einem normalen Arbeitstag vor sich hinter diesen ehrwürdigen Mauern, die sogar den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden haben? Wenn Sie sich diese Frage auch schon einmal gestellt haben, freuen Sie sich auf den Herbst. Dann möchte ich Sie und Ihre Freunde, Vereinsmitglieder, Fami-

lienangehörigen usw. einladen, einen Nachmittag im Rathaus zu verbringen. Einblicke in die Geschichte und Architektur, aber auch der Besuch einer Bürgerschaftssitzung, wenn zum Beispiel in der Aktuellen Stunde brisante Themen diskutiert werden, inklusive. Details werden rechtzeitig auf [www.gunnareisold.de](http://www.gunnareisold.de) und natürlich im nächsten Newsletter bekannt gegeben.

### Langenhorn: Schilda am Stockflethweg

Das nächste Kapitel einer unendlichen Geschichte: Seit Jahren versuchen Anwohner des Stockflethwegs in Langenhorn, ein Verbot für LKW in ihrer von Wohnbebauung dominierten Straße zu erwirken. Vor allem die Brummi-Fahrer, die ihre Lieferungen direkt vor dem VW -Autohaus am westlichen Ende abladen, sorgten in der Vergangenheit immer wieder für Verkehrsbehinderungen. Außerdem dachten sie nach getaner Arbeit nicht daran zu wenden und über die Langenhorner Chaussee wieder auszufahren. Viel bequemer war es doch, den Stockflethweg – an dem auch eine Grundschule liegt – in Richtung Tangstedter Landstraße zu durchqueren. Straßenschäden belegen mittlerweile die Belastung des Stockflethwegs, ganz zu schweigen von der Lärm- und Abgasbelastung für die An-



Eigentlich sollte das Abladen der PKW auf dem Gelände des Autohauses erfolgen.

wohner. Eine Teillösung brachte zumindest die Aufstellung eines Schildes, das Fahrzeugen über 7,5 Tonnen nur noch die Einfahrt bis zum Autohaus erlaubt. Ansonsten will das zuständige Bezirksamt von den Problemen nichts mitbekommen

haben. Laut Antwort auf eine bereits im Januar von mir gestellte Kleine Anfrage lägen „seit geraumer Zeit“ keine Erkenntnisse über stattfindende Ladevorgänge am Stockflethweg vor. Etwa seit April 2008 finde die PKW-Anlieferung über die alte breite Zu-

fahrt von der Langenhorner Chaussee und das Entladen selbst auf dem Gelände des Autohauses statt. Ein kurzer Besuch ergab jetzt allerdings, dass sich an der Situation vor Ort nichts geändert hat.

### Demo für Barrierefreiheit vor dem Rathaus

Bei der Liftausstattung der Bahnhöfe hinkt Hamburg weit hinter anderen deutschen Großstädten her. Ob in den Bezirken Hamburg-Nord, Wandsbek oder Altona - reinweise fehlen an den Bahnhöfen die Liftanlagen. Aus diesem Mangel heraus gründete sich die Initiative „Ein Lift für Ochsenzoll“, die sich mit ihrer Forderung nach einem barrierefreien Ausbau der Haltestelle an die Hamburgische Bürgerschaft wandte. In einer „Aktuellen Stunde“ schilderten Dr. Joachim Bischoff (Fraktion Die Linke) und ich unsere Eindrücke von der Situation vor Ort. Es zeigten sich im Anschluss allerdings unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie dringend der Aus-

bau der Station bewertet wird. Die GAL-Abgeordnete Martina Gregersen verwahrte sich gegen eine Politik aus örtlicher Betroffenheit heraus. Nicht jeder könne einfach für sich und seinen Stadtteil Verbesserungen einfordern - eine Haltung, die entschieden Widerspruch fand. Ich halte es für richtig, wenn Bürger in diesem Punkt die Politik zum Handeln auffordern. Auch die Stationen Kiwittdamm, Langenhorn Nord, Fuhlsbüttel Nord, Klein Borstel und Kornweg brauchen barrierefreie Zugänge. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, versammelten sich am 4. Juni

*(Fortsetzung auf Seite 4)*

## Offener Vollzug kommt neu nach „Santa Fu“

(Fortsetzung von Seite 1)

und geschlossenen Vollzug nebeneinander in Fuhlsbüttel bewerten Experten als risikoreich. Gutachter der Justizbehörde sehen außerdem Akzeptanzprobleme für einen offenen Vollzug mitten im Stadtteil. Für Fuhlsbüttel wird damit jedenfalls eine große Chance für die nächsten Jahrzehnte vertan, denn der Standort JVA Fuhlsbüttel eignet sich hervorragend für interessanten Wohnungsbau in Alsternähe. Dass die Entwicklung vor Ort ohnehin dorthin geht, zeigt der städtebauliche Ideenwettbewerb für das neue Quartier „Am Weißenberge“ direkt neben der Anstalt, der erst im März 2009 abgeschlossen wurde. Die Antwort des Senats auf eine



Bald kommt offener Vollzug in die JVA Fuhlsbüttel.

Kleine Anfrage von mir zeigt allerdings, dass der Senat seiner Verantwortung nicht gerecht wird. Man habe sich bisher weder mit der künftigen Nutzung der JVA Fuhlsbüttel für geschlossenen und/oder offenen Vollzug noch mit der Entscheidung befasst, ob den umliegenden Grundeigentümern, Investoren und Bürgern das Vorhaben zu erläutern ist. Auch die Planungen der zuständigen Fachbehörde, wie eine verträgliche Anbindung des offenen Vollzugs mit 300 Plätzen in ausgesprochenen Wohnstadtteilen mit vielen Familien aussehen soll, seien noch nicht abgeschlossen. Meiner Meinung nach wirft die schwarz-grüne Lösung mehr neue Probleme auf, als sie klärt, und nimmt Fuhlsbüttel eine wichtige Entwicklungsperspektive.

Die Schriftliche Kleine Anfrage mit der Antwort des Senats finden Sie auf

[www.gunnareisold.de](http://www.gunnareisold.de)

## Demo für Barrierefreiheit vor dem Rathaus

(Fortsetzung von Seite 3)

etwa 150 Menschen, darunter viele Unterstützer von „Ein Lift für Ochsenzoll“, auf dem Rathausmarkt. Gemeinsam mit Mitgliedern der ähnlich ausgerichteten Klein Borsteler Initiative zogen sie vom Rathaus-

markt zum Hauptbahnhof. Der SPD-Bezirksabgeordnete Gulfam Malik und ich waren bei der Veranstaltung dabei. Auch der CDU-Abgeordnete Egbert von Frankenberg richtete das Wort an die Demonstranten, seine Argumente fanden nur wenig Zustimmung.

## Erfolgreiche Fahrradrundfahrt durch Langenhorn

Dass es im Wahlkreis viel Interessantes zu entdecken gibt, haben meine Gäste und ich auf unserer politischen Fahrradrundfahrt durch Langenhorn erlebt. Zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Christian Carstensen und dem Langenhorner Stadtteilarchivar, Erwin Möller, machten wir uns auf den Weg, um zwischen dem Raakmoor und der Essener Straße Einblicke in weniger bekannte Initiativen, Vereine und Einrichtungen des nördlichen Langenhorns zu gewinnen. Fast fünf Stunden dauerte die Radtour für alle, die bis zum Schluss



Im nördlichen Langenhorn gab es auf zwei Rädern viel zu entdecken.

durchhielten. Der Naturschutzbund informierte über das Raakmoor, Erwin Möller über die historische Entwicklung des heutigen Heidberg, weitere Infostopps gab es mit dem deutschen Fahrradclub ADFC, bei der Alsterassistenz am Schmuggelstieg, am Bahnhof Ochsenzoll, an dem der Bezirksab-

geordnete Gulfam Malik das Thema Barrierefreiheit erläuterte, und Dr. Heinz Biel berichtete über die frühere Zwangsarbeit in Langenhorner Rüstungsbetrieben. Während der Fahrt nutzten viele Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit zum Gespräch.

Newsletter  
per Mail:

Senden Sie eine Mail an  
[newsletter@gunnareisold.de](mailto:newsletter@gunnareisold.de)

Newsletter  
per Post:

Schreiben Sie mir  
oder rufen Sie an.

Bürgerbüro Gunnar Eisold  
Essener Straße 4, Eingang  
D3, 22419 Hamburg  
[www.gunnareisold.de](http://www.gunnareisold.de)  
Tel 040-52388740  
Fax 040-52388758  
[mail@gunnareisold.de](mailto:mail@gunnareisold.de)